

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Die Nichtigkeit der Willenserklärung und des Vertrags	1
1. Abschnitt: Die mangelnde Geschäftsfähigkeit	1
1. Die Geschäftsunfähigkeit	2
2. Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach § 105 Abs. 2	4
Fall 1: Nachteiliger Barbesuch	4
3. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	6
3.1 Wirksame Rechtsgeschäfte des Minderjährigen	6
3.1.1 Die Teilgeschäftsfähigkeit gemäß § 112 und § 113	6
3.1.2 Das lediglich rechtlich vorteilhafte Rechtsgeschäft gemäß § 107 und das neutrale Rechtsgeschäft	7
Fall 2: Schenkender Onkel	9
3.1.3 Die Einwilligung (§ 107)	10
3.1.4 Die Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts gemäß § 110	11
3.2 Unwirksamkeit einseitiger Rechtsgeschäfte und schwebende Unwirksamkeit von Verträgen	13
3.2.1 Einseitige Rechtsgeschäfte ohne erforderliche Einwilligung sind unwirksam (§ 111)	13
3.2.2 Verträge ohne erforderliche Einwilligung sind schwebend unwirksam	13
Fall 3: Günstige Briefmarkensammlung	14
4. Die gesetzliche Vertretung	16
4.1 Die Beschränkung der Vertretungsmacht gemäß §§ 1821, 1822 (§ 1643 Abs. 1)	17
4.2 Der Ausschluss der gesetzlichen Vertretung	18
4.2.1 Die nach § 1795 von der Vertretung ausgeschlossenen Rechtsgeschäfte	18
4.2.2 Das In-sich-Geschäft des gesetzlichen Vertreters (§ 181)	19
Fall 4: Geschenkte Belastung	20
5. Die sonstigen Rechtshandlungen des nicht voll Geschäftsfähigen und die Zurechnung von Kenntnissen	21
2. Abschnitt: Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gemäß §§ 134, 138	25
1. Der Gesetzesverstoß gemäß § 134	25
1.1 Das Vorliegen eines Verbotsgesetzes	25
1.2 Der Verstoß gegen das Verbotsgesetz	25
1.3 Die Rechtsfolgen des Gesetzesverstoßes	26
1.3.1 Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts	26
1.3.2 Der Umfang der Nichtigkeitsanordnung	31
2. Die Nichtigkeit gemäß § 138	32
2.1 Die Nichtigkeit gemäß § 138 Abs. 2 – Wucher	32
2.1.1 Das auffällige Missverhältnis	33
2.1.2 Ausbeutung der Lage des Bewucherten	33

2.1.3 Die Rechtsfolgen des Wuchers	34
2.2 Die Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1	34
2.2.1 Der objektive Tatbestand der Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1	35
2.2.2 Der subjektive Tatbestand des § 138 Abs. 1	37
2.2.3 Beurteilungszeitpunkt	38
2.3 Verhältnis des § 138 zu weiteren Normen	38
3. Abschnitt: Das formbedürftige Rechtsgeschäft	40
1. Formerfordernisse	40
1.1 Die kraft Gesetzes formbedürftigen Rechtsgeschäfte	40
1.1.1 § 311b Abs. 1 S. 1: Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb von Grundstücken	41
1.1.2 Das Formerfordernis aus § 766 S. 1	45
1.1.3 Weitere Formerfordernisse	46
1.2 Die vertraglich vereinbarte Form	46
2. Die Einhaltung der einzelnen Arten der Form	47
2.1 Die Voraussetzungen der gesetzlichen Schriftform gemäß § 126	47
2.2 Die Textform, § 126b	49
2.3 Vereinbarte Schriftform, § 127 Abs. 2	49
2.4 Die notarielle Beurkundung	49
2.5 Die öffentliche Beglaubigung	49
3. Die Rechtsfolgen des Formmangels	50
3.1 Nichtigkeit	50
3.1.1 Gesetzliche Form (§ 125 S. 1)	50
3.1.2 Vertraglich vereinbarte Form (§ 125 S. 2)	50
3.2 Die Heilung des Formmangels	51
3.2.1 Heilung gemäß § 311b Abs. 1 S. 2	51
3.2.2 Heilung gemäß § 518 Abs. 2	52
3.3 Die Unzulässigkeit, sich auf den Formmangel zu berufen	52
3.3.1 Die unzulässige Rechtsausübung wegen Existenzgefährdung	52
3.3.2 Die unzulässige Berufung auf den Formmangel wegen eines schweren Treueverstoßes	53
4. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	55
4.1 Die nach der h.A. gültige Andeutungstheorie	55
4.2 Die Falschbezeichnung bei formbedürftigen Verpflichtungsverträgen	56
Fall 5: Vergessene Parzelle	56
4.3 Die Vermutung der Vollständigkeit und Richtigkeit	57
4. Abschnitt: Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach erfolgter Anfechtung	59
1. Überblick	59
2. Die Zulässigkeit der Anfechtung von Willenserklärungen	61
2.1 Die gesetzlichen Sonderregelungen	61
2.2 Gründungs- und Beitrittserklärungen	61

2.3 Fingierte Willenserklärungen und Rechtsscheinstatbestände	61
3. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 1	62
3.1 Überblick	62
3.1.1 Die Nichtübereinstimmung zwischen Erklärung und dem mit der Erklärung Gewollten	62
3.1.2 Die unbewusste Nichtübereinstimmung	63
3.2 Der Irrtum über den Inhalt der abgegebenen Willenserklärung	64
3.2.1 Der Irrtum über den für das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts erforderlichen Inhalt	64
Fall 6: Geschenkt, gekauft?	65
3.2.2 Der Irrtum über Rechtsfolgen	69
Fall 7: Kosten für teuren Versand	71
3.2.3 Der Kalkulationsirrtum	72
Fall 8: Berechnungsfehler der EDV-Anlage	75
4. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 2	81
4.1 Die Regelung des Irrtums über Eigenschaften der Sache	81
4.1.1 Anwendbarkeit des § 119 Abs. 2	81
4.1.2 Sache	83
4.1.3 Der Eigenschaftsbegriff	84
4.1.4 Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaft	85
4.1.5 Der Eigenschaftsirrtum beim Gattungskauf	86
4.2 Der Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaften der Person gemäß § 119 Abs. 2	87
4.2.1 Die Person	87
4.2.2 Die Eigenschaften der Person	87
4.2.3 Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaften der Person	88
5. Der Anfechtungsgrund gemäß § 120	90
6. Der Anfechtungsgrund gemäß § 123	91
6.1 Die Voraussetzungen der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	92
6.1.1 Die – rechtswidrige – Täuschungshandlung	93
6.1.2 Die Ursächlichkeit zwischen Täuschungshandlung bzw. Irrtum und abgegebener Willenserklärung	95
6.1.3 Die Arglist	95
6.2 Die Unzulässigkeit der Anfechtung, wenn ein Dritter getäuscht hat	96
Fall 9: Treuherzige Eheleute	96
6.3 Die Ansprüche des arglistig Getäuschten aus §§ 434, 437 Nr. 3; §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1; § 812 Abs. 1 S. 1, 1. Alt., § 823 ff. und deren Verhältnis zueinander	99
Fall 10: Feuchtes Grundstück	99
6.4 Die widerrechtliche Drohung	101
6.4.1 Drohung	101
6.4.2 Widerrechtlichkeit	101
Fall 11: Bedrohte Ehefrau	103

7. Die Durchführung der Anfechtung und die dadurch ausgelösten Rechtsfolgen	106
7.1 Die wirksame Ausübung der Anfechtung	106
7.1.1 Anfechtungsberechtigung	106
7.1.2 Anfechtungserklärung	106
7.1.3 Die Anfechtungserklärung muss fristgerecht erfolgen.	107
7.1.4 Die Anfechtung darf nicht ausgeschlossen sein.	108
7.2 Die Rechtsfolgen der Anfechtung	109
7.2.1 Die Nichtigkeit der Willenserklärung gemäß § 142 Abs. 1	109
7.2.2 Die Ansprüche nach wirksamer Anfechtung	110
5. Abschnitt: Die Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung	112
1. Die Teilnichtigkeit gemäß § 139	112
1.1 Voraussetzungen des § 139	112
1.1.1 einheitliches Rechtsgeschäft	112
1.1.2 Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	113
1.2 Rechtsfolge der Teilnichtigkeit	113
2. Die Umdeutung gemäß § 140	114
3. Die Bestätigung gemäß § 141	116
2. Teil: Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)	117
Überblick	117
1. Abschnitt: Der Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	118
1. § 310 Abs. 4	118
2. Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	118
2.1 Die Vertragsbedingung	119
2.2 Vorformuliert für eine Vielzahl von Fällen	119
2.3 Stellen bzw. Aushandeln	120
2. Abschnitt: Einbeziehung der AGB als Vertragsbestandteil	122
1. Die Einbeziehung gegenüber Privatpersonen	123
1.1 Einbeziehung gemäß § 305 Abs. 2	123
1.2 Einbeziehung durch Rahmenvereinbarung	124
2. Die Einbeziehung gegenüber Unternehmern	124
2.1 Die Hinweispflicht	125
2.2 Die Möglichkeit der Kenntnisaufnahme durch den Unternehmer	126
3. Einbeziehung in besonderen Fällen gemäß § 305a	126
4. Vorrang der Individualvereinbarung (§ 305b)	126
5. Überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1)	126
3. Abschnitt: Die Auslegung und Inhaltskontrolle	127
1. Die Auslegung der einzelnen Vertragsbestimmungen in den AGB	128

1.1 Der Grundsatz der objektiven Auslegung	128
1.2 Die Unklarheitenregel des § 305c Abs. 2	128
2. Die Inhaltskontrolle gemäß §§ 307 bis 309	129
2.1 Ausschluss der Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 3	129
2.2 Die Inhaltskontrolle gemäß § 309	131
2.3 Die Inhaltskontrolle gemäß § 308	133
2.4 Die Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 1 und 2	133
2.4.1 Die Unangemessenheit im Fall des § 307 Abs. 2 Nr. 1	134
2.4.2 Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 2 Nr. 2	135
Fall 12: Waschschäden	136
2.4.3 Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 1	137
2.5 Die Inhaltskontrolle im unternehmerischen Bereich	138
4. Abschnitt: Die Rechtsfolgen der Unwirksamkeit einer Vertragsbestimmung, § 306	139
1. Nicht einbezogene oder unwirksame Vertragsbestimmungen	140
2. Die Rechtsfolgen bei widersprechenden AGB	141
Fall 13: AGB im Widerspruch	141
3. Die Verbandskontrolle nach dem Unterlassungsklagengesetz	143
Fall 14: Die Garantiekarte	144
3. Teil: Fristen, Termine, Verjährung	148
1. Abschnitt: Fristen und Termine	148
1. Fristen	148
2. Termine	149
2. Abschnitt: Verjährung	149
1. Überblick	149
2. Regelverjährung	150
2.1 Fristbeginn	150
2.2 Höchstfristen gemäß § 199 Abs. 2–4	151
3. Andere Verjährungen	152
4. Vereinbarungen über die Verjährung (§ 202)	153
5. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	153
5.1 Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen (§ 203)	153
5.2 Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung (§ 204)	154
5.3 Neubeginn der Verjährung	155
6. Übergangsvorschrift (Art. 229 § 6 EGBGB)	155
6.1 Die Verjährungsfristen	155
6.2 Beginn, Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	156